

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr; übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Mittwoch, 14. Mai 1986

Blatt 1143

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet: Goldener Rathausmann für Josef Treitl  
(grau)

Kommunal: Start zur 35. Gemeindeurlaubsaktion  
(rosa) Wiener Landtag  
Wiener Gemeinderat

Lokal: Veduten und Blumen - Ausstellung im Bezirksmuseum  
(orange) Landstraße

Kultur: "Wehrhafte Stadt" im Historischen Museum  
(gelb)

Nur  
über FS: Zusammenstoß "71er"-LKW

.....  
Bereits am 13. Mai 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Goldener Rathausmann für Josef Treitl

17 Wien, 13.5. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA  
überreichte am Dienstag Herrn Josef TREITL den Goldenen Rathausmann.

Josef Treitl wurde damit für seine Sammlertätigkeit  
ausgezeichnet, die er seit 40 Jahren ausübt. Seine Sammlung umfaßt  
Programme, Zeitungsausschnitte, Fotos und andere Sammelstücke von  
großen und kleinen Wiener Bühnen, aber auch biographische Dokumente  
von 16.000 Künstlern. (Schluß) gab/gg

NNNN

Veduten und Blumen - Ausstellung im Bezirksmuseum Landstraße  
1 =Wien, 14.5. (RK-LOKAL) "Veduten und Blumen von Fritz HIRSCH"  
ist der Titel einer neuen Sonderausstellung, die vom 16. Mai bis  
27. Juni im Bezirksmuseum Landstraße, 3, Sechskrügelgasse 11,  
jeweils Mittwoch von 16 bis 18 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr  
gezeigt wird.++++

Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Bezirksvorsteher Rudolf  
BERGEN werden die aus 27 Ölbildern bestehende Ausstellung am Freitag,  
dem 16. Mai, um 19 Uhr eröffnen.

Fritz Hirsch, Jahrgang 1920, malte zuerst in seiner Freizeit,  
machte sein Steckenpferd aber in der Pension mehr oder weniger zu  
seiner Profession. "Realistisch-fabulierend plus ein wenig Romantik,  
Naivität und Witz", so werden seine Arbeiten charakterisiert - er  
"malt Träume, bei denen man sich wohlfühlt". (Schluß) and/gg

NNNN

Start zur 35. Gemeindeurlauberaktion

2 =Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER verabschiedete Mittwoch früh die Teilnehmer des ersten Turnusses der heurigen Gemeindeurlauberaktion. Diese Aktion findet nun bereits zum 35. Mal statt. Bis zum 24. September werden auch diesmal wieder vor allem jene alten Mitbürger daran teilnehmen können, die nicht in der Lage sind, alleine auf Urlaub zu fahren. Sie können zwei schöne Urlaubswochen in einer von 13 Pensionen im Burgenland, in Niederösterreich, Oberösterreich, in der Steiermark oder in Kärnten verbringen. Seit der Schaffung der Aktion im Jahre 1952 haben sich bereits fast 102.000 Personen in 2.482 Turnussen daran beteiligt.+++

Insgesamt werden heuer voraussichtlich 4.000 Dauersozialhilfebezieher, Pensionistenklubbesucher und, wenn Plätze frei sind, auch Pensionisten gegen einen dem Einkommen entsprechenden Kostenbeitrag mitfahren. Da diese Landaufenthaltsaktion vor allem jenen alten Mitbürgern dient, die nicht mehr in der Lage sind, alleine auf Urlaub zu fahren, steht in jeder Urlaubspension eine Betreuerin zur Verfügung, die sich um die Urlauber annimmt. (Schluß) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Landtages wurde mit der Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von Labg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Reaktionen er bisher auf sein Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß bezüglich der Errichtung der atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf erhalten habe, sagte Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK, daß er bisher trotz Urgenz keine Antwort bekommen habe, was man jedoch auch der Überlastung von Ministerpräsident Strauß zuschreiben könne. Er ziehe in Erwägung, gemeinsam mit den anderen betroffenen Landeshauptleuten ein weiteres Schreiben an Strauß zu verfassen, sagte Zilk. Selbstverständlich habe er sich auch an tschechoslowakische Behörden gewandt und sie um Auskunft über ihre grundsätzliche Haltung zur Atomenergie und zu der aktuellen Sicherheitsfrage der bestehenden Kraftwerke gebeten. Hier wurden Informationen und der Zutritt für die von der Stadt Wien genannten Experten zugesagt.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von Labg. Ing. ENGELMAYER (ÖVP), ob er bereit sei, sich für die vorläufige Stilllegung der Kernkraftwerke im unmittelbaren Gefahrenbereich von Wien einzusetzen, verwies Landeshauptmann Dr. ZILK auf den schon erwähnten Brief an die tschechoslowakischen Behörden und auf ein Ersuchen an Bundeskanzler Sinowatz, dieses Problem auch im zwischenstaatlichen Bereich mit der Tschechoslowakei aufzuwerfen. Es wäre allerdings naiv, von den Tschechen eine Sperre ihrer Kernkraftwerke zu erwarten, doch seien die zugesagten Informationen immerhin als Erfolg zu werten. Eine Inseratenaktion wie in der Süddeutschen Zeitung sei in den Blättern des Ostblocks wohl nicht möglich, sagte Zilk auf eine entsprechende Zusatzfrage, obwohl er natürlich auch dafür wäre. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP), ob er bereit sei, eine umfassende und wahrheitsgemäße Information der Wiener Bevölkerung im Hinblick auf die aktuelle Strahlengefährdung zu veranlassen, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß er vom ersten Augenblick der Kenntnisnahme der Gefahrenquelle nach bestem Wissen und Gewissen alle Informationen entsprechend dem jeweiligen Wissensstand veranlaßt habe. Im Zweifelsfall seien an die Bevölkerung jeweils die höheren Vorsichtsmaßnahmen ausgegeben worden. Genaue Informationen enthalte auch das Blatt "Unser Wien", das allen Haushalten zugestellt werde. Er wende sich entschieden gegen die Gerüchte und Unterstellungen, sagte Zilk, daß irgendeine Information nicht an die Bevölkerung weitergegeben worden sei. (Forts.) gab/bs

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

6 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. Dr. PETRIK (ÖVP), welche Weisungen der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates aufgrund der Strahlengefährdung für die Wiener Schulen erlassen habe, antwortete LH Dr. ZILK, daß der Wiener Stadtschulrat bereits am 2. Mai als erster österreichischer Stadtschulrat eine Weisung ausgegeben habe. Darin wurde auf die erhöhte Strahlengefährdung hingewiesen und der Turnunterricht in Turnsälen empfohlen. Ein zweites Rundschreiben erging am 6. Mai. Im übrigen teilte Zilk mit, daß es nicht nur Interventionen besorgter Eltern gegeben habe. So habe es auch heftige Proteste gegeben, weil Schullandwochen abgesagt oder verschoben wurden.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. KREMNIETZER (SPö), nach dem letzten Stand der Vorbereitungsarbeiten für die Verlängerung der Südost-Tangente nach Hirschstetten, sagte StR. Ing. HOFMANN (SPö), daß die generellen Projektierungsarbeiten kurz vor dem Abschluß stehen. Die Bauzeit selbst wird mindestens fünf Jahre dauern.

Auf die SECHSTE ANFRAGE des LAbg. HUMMEL (SPö), welche Budgetmittel für den Einbau von Lärmschutzfenstern an Bundesstraßen zur Verfügung stehen, sagte StR. Ing. HOFMANN, daß dafür im Vorjahr mehr Geld aufgewendet worden sei als im Budget ursprünglich vorgesehen war. (Forts.) ull/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Man habe nun folgenden Weg eingeschlagen: Vizebürgermeister Mayr ist bereit, im Rahmen einer Vorfinanzierungsaktion bis zu 100 Millionen Schilling vorzufinanzieren, der Bautenminister hat sich bereit erklärt, in einer ersten Tranche 30 Millionen Schilling für Lärmschutzfenster freizugeben. (Forts.) ull/gg

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

8 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. WIMMER (SPö), welche Auswirkungen die Bundesstraßengesetznovelle auf Wien habe, antwortete Planungsstadtrat Ing. HOFMANN (SPö), daß die Vorschläge Wiens auf der Verkehrskonzeption und dem Stadtentwicklungsplan beruhten. Sie wurden bei der Neufassung des Gesetzes berücksichtigt. Damit ist auch eine Straffung des Bundesstraßennetzes verbunden. Außerdem sind begleitende Maßnahmen in der Umgebung von Bundesstraßen, im Dienste des Umweltschutzes möglich.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. Mag. ZIMA (SPö), welche rechtlichen Änderungen sich durch die Einführung der Versteigerungsabgabe anstelle der bisherigen Lizitationsarmenprozente ergeben und wie sich diese auf das Aufkommen der Stadt Wien ausgewirkt haben, antwortete Vbgm. MAYR (SPö), daß der Versteigerungsabgabe freiwillige, öffentliche, bewegliche Sachen unterliegen, was eine Ausweitung gegenüber der bisherigen Lizitationsarmenprozente bedeutet. Dadurch kommt es für die Stadt Wien zu Mehreinnahmen. Auf die Geschäfte des Dorotheums habe sich die Einführung der Versteigerungsabgabe nicht negativ ausgewirkt. Die letzten Umsätze haben Spitzenhöhen erreicht. Zwar sei beim Verfassungsgerichtshof eine Klage auf Ungesetzmäßigkeit der Versteigerungsabgabe eingebracht worden, aber er sei zuversichtlich, daß das Wiener Landesgesetz den Normen entspreche, erklärte Mayr.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg. Ing. RIEDLER (SPö), welche gesetzlichen Regelungen zur Vermeidung von Doppel- und Mehrfachbesteuerungen bei der Anzeigenabgabe bestünden, antwortete Vbgm. MAYR, daß eine freiwillige Vereinbarung der Bundesländer auf Landesgesetzebene besteht, um eine Mehrfachbesteuerung zu vermeiden. Nur Vorarlberg habe sich dagegen ausgesprochen. Er, Mayr, halte allerdings eine bundesgesetzliche Regelung für sinnvoll. (Forts.) du/gg

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

10 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE nach dem Termin für die Vorlage einer Novelle zum Vergnügungssteuergesetz (gestellt von LAbg. LANGHAMMER ÖVP), antwortete Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß sich der Landtag im Juni damit befassen wird. Hinsichtlich der Besteuerung von Sexfilmen erklärte Mayr, daß sich die Steuerpflicht nach der Dauer der entsprechenden Szenen richten wird. Sie entsteht, wenn die Sexszenen 10 Prozent der Gesamtspielzeit des Films übersteigen. Hinsichtlich der Besteuerung der Videoklubs erläuterte der Vizebürgermeister, daß dadurch auch eine gewisse Begrenzung der Klubs erreicht werden kann. Die Vergnügungssteuerpflicht für kulturelle Veranstaltungen ist bereits sehr reduziert, und er sei bereit, sagte Mayr, in dieser Richtung auch weiter zu verhandeln.

Die ELFTE ANFRAGE wurde abgesetzt.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) nach einer Novelle zur Wiener Bauordnung, durch die der Schutzraumbau bei Neubauten zwingend vorgeschrieben werden soll, antwortete StR Friederike SEIDL (SPÖ), daß die Landesregierung die Schutzraumspflicht diskutiert hat. Es werde geprüft, unter welchen Voraussetzungen eine solche Verpflichtung bei Neubauten - oder Adaptierung von Altbauten verwirklicht werden kann. Da die Bauordnung in ihrem §109 beim Schutzraum nur von der Voraussetzung kriegerischer Auseinandersetzungen ausgeht, wäre laut Seidl auch hier eine entsprechende Modifizierung zu überlegen. Es gebe die Möglichkeit, etwa Tiefgaragen, Flak- oder Luftschutzbunker zu adaptieren, wenn sie zivilrechtlich verfügbar sind, aber es sind erhebliche Kosten zu erwarten. Auch für die U-Bahn gebe es entsprechende Überlegungen. Der gesamte Fragenkomplex werde nun hinsichtlich Zweckmäßigkeit und Kosten diskutiert, ehe die gesetzlichen Bestimmungen geschaffen werden können. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Mitteilung Stadtrat Braun

11 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) In einer Mitteilung an den Wiener Landtag zog Stadtrat BRAUN (SPÖ) eine Bilanz über die Ereignisse in Folge der Katastrophe in Tschernobyl und der Maßnahmen, die vom Land Wien gesetzt wurden. Das Unglück ereignete sich am 26. April um etwa 1 Uhr früh. Am 28. April gab es die ersten Informationen über erhöhte Radioaktivität in Schweden und Finnland. Am 29. April wurden erstmals erhöhte Werte in Österreich, und zwar in Kärnten, gemessen. Am 1. Mai haben die sieben Wiener Meßstellen erstmals Werte festgestellt, die knapp über der Gwfahrenstufe II lagen.

Bereits am 29. April wurden bei einer Konferenz der Stadträte Friederike SEIDL, Univ.-Prof. STACHER und Umweltstadtrat BRAUN erste Maßnahmen getroffen. Das Wiener Trinkwasser (Hochquellen- und Grundwasser) wurde verstärkt kontrolliert, niemals wurden aber auch nur annähernd alarmierende Werte festgestellt.

Am 30. April stellte die Landeswarnzentrale die Verbindung zu allen anderen Bundesländern her, und in den Abendstunden wurden die Weisungen an Kindergärten und Heime erteilt, den Aufenthalt im Freien und das Spielen in Sandkästen zu unterlassen. Die MA 48 begann als zusätzliche Vorsichtsmaßnahme die Straßen und Plätze mit Spritzwagen zu befahren. Ebenfalls am 30. April wurde in einer Präsidiumssitzung der Zivilschutzverband über alle Maßnahmen und Meldungen informiert.

Anläßlich der Öffnung der Wiener Bäder am 2. Mai wurden die Neue und die Alte Donau sowie die Badegewässer verstärkt kontrolliert, wobei erhöhte Werte, allerdings im unteren Bereich der Toleranzgrenze, festgestellt wurden. Die Badegäste wurden aufgefordert, nach dem Bad zu duschen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Mitteilung Stadtrat Braun

12 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Am 2. Mai fand weiters eine Sondersitzung der Wiener Landesregierung statt. Der Stadtschulrat von Wien schränkte die Wandertage in den Schulen ein, das Straßenkehren wurde wegen der Staubentwicklung eingestellt. Die Wiener Berufsfeuerwehr wurde, weil sie über entsprechende Strahlenmeßgeräte verfügt, zusätzlich im Wiener Hafen, bei der Post und bei der Bahn eingesetzt.

Nach einer mehrstündigen Aussprache mit den Vertretern der Wiener Landwirtschaftskammer verfügte der Landeshauptmann am 4. Mai eine Importsperr für Gemüse und Milchprodukte aus den Ostblockländern. Stadtrat Braun verwies darauf, daß die EWG erst am 12. Mai derartige Maßnahmen verfügt hat.

Über den Bürgerdienst wurden ab 5. Mai Flugblätter mit Hinweisen für die Bevölkerung verteilt und in der Stadtinformation ein eigenes "Strahlentelefon" mit Experten installiert. Bis zum 13. Mai wurden beim Strahlentelefon mehr als 5.000 Anrufe registriert.

Am 6. Mai empfahl das Sportamt allen Sportverbänden, Freiluftveranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen einzustellen.

Am 7. Mai wurde das Rasenmähen untersagt und "Spritzmaßnahmen" auf staubigen Baustellen empfohlen. Am gleichen Tag begann die Entleerung der städtischen Sandspielkisten. Es war dies eine Vorsichtsmaßnahme, betonte Stadtrat Braun, die kein anderes Bundesland durchgeführt hat. In diesem Zusammenhang stellte der Stadtrat fest, daß aber auch die Eltern die Verantwortung für ihre Kinder tragen. Es sei unvorstellbar, daß das Land Wien alles reglementiere. (Forts.) fk/gg

NNNN

## Wiener Landtag (9)

Utl.: Mitteilung Stadtrat Braun

13 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Am gleichen Tag wurde begonnen, einen Kataster für Strahlenschutzräume zu erstellen. Strahlenschutzräume dürfen jedoch nicht mit atombombensicheren Bunkern verwechselt werden. Es gehe darum, Räume zu finden, in denen sich die Bevölkerung ein bis zwei Wochen mit entsprechenden Lebensmittelvorräten bei gefährlichen Strahlenzuständen aufhalten könne. In den öffentlichen Gebäuden reiche das Angebot für etwa 6 bis 7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Zum Vergleich, nach Angaben des Münchner Oberbürgermeisters, kann die bayerische Landeshauptstadt nur für etwa zwei Prozent der Bevölkerung derartige Schutzräume anbieten. In diesem Zusammenhang betonte Stadtrat Braun, werde auch überlegt, bei den neuen U-Bahn-Anlagen strahlensichere Unterkunftsmöglichkeiten zu errichten.

Zur letzten Entwicklung stellte Stadtrat Braun fest, daß in Wien der Wert von 30 Mikroröntgen pro Stunde nie überschritten wurde. Im Durchschnitt lag er deutlich darunter. Am Mittwoch, dem 14. Mai (heute), haben sich um 5.51 Uhr die Meßwerte bereits den Durchschnittswerten des 24. April genähert.

Es sei alles unternommen worden, daß keinerlei Risiko für die Bevölkerung entsteht, sagte Stadtrat Braun abschließend, es sei aber auch alles unternommen worden, um eine Panik der Bevölkerung zu vermeiden. (Forts.) fk/bs

## Wiener Landtag (10)

Utl.: Immunitätsfragen

14 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) LAbg. DINHOF (SPö) berichtete, daß das Immunitätskollegium dem Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des LAbg. Rudolf EDLINGER wegen Verdachtes des Vergehens übler Nachrede einstimmig nicht nachgegeben habe. Die Abstimmung erfolgte einstimmig im Sinne der vom Immunitätskollegium beschlossenen Regelung.

Ein Ersuchen des Landesgerichtshofes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des LAbg. Ing. WORM wegen Verdachtes des Vergehens übler Nachrede war dem Immunitätskollegium nicht vorgelegt worden. Dieser Punkt wurde daher von der Sitzung des Wiener Landtages abgesetzt.

## Zwtl.: Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes 1966

LH-Stv. Hans MAYR (SPö) beantragte eine Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes 1966. Demgemäß ist für Zeitungsverkaufseinrichtungen, ausgenommen Zeitungskioske, ein Satz von 4 Prozent Gebrauchsabgabe vorgesehen, für Zeitungskioske beträgt der entsprechende Satz 1 Prozent. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (11)

Utl.: Mitteilung Stadtrat Braun

15 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Die LABg. Dr. HÄUPL (SPÖ) und Ing. RIEDLER (SPÖ) beantragten die Besprechung der Mitteilung von StR. BRAUN (SPÖ). Ing. Riedler begründete diesen Antrag mit der Notwendigkeit, die klaren Aussagen, die zu diesem Thema von den verantwortlichen Politikern getroffen worden seien, zu untermauern und eventuelle Verunsicherungen zu unterbinden.

Der Antrag auf Besprechung der Mitteilung wurde einstimmig angenommen.

Als erster Redner wies LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) darauf hin, daß sich die FPÖ schon immer gegen die Kernkraft und damit auch gegen Zwentendorf ausgesprochen habe. Nach der Katastrophe zu Tschernobyl habe es auch bei den anderen Parteien ein Umdenken gegeben. Es sei jedoch nach den nun getroffenen Erfahrungen notwendig, ernsthafte Bemühungen auf dem Gebiet des Zivilschutzes zu unternehmen. Dazu seien u.a. ein landesweites Warnsystem und ein Katastrophenschutzplan, die Förderung des Baues von Schutzräumen, die Aktivierung möglicher Schutzräume, die Schulung verschiedener Einsatzorganisationen, Schutzanweisungen für die Bevölkerung und die Einrichtung einer Notbevorratung notwendig. Generell sei ein Zivilschutzkonzept zu erstellen, um für künftige Katastrophenfälle gerüstet zu sein. (Forts.) gab/bs

NNNN

## Wiener Landtag (12)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Braun

16 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) meinte einleitend, ein Alptraum wäre beinahe Wirklichkeit geworden, und man möchte am liebsten wie nach einem bösen Traum aufwachen. Er kritisierte die Informationsmängel durch verantwortungslose Politiker in der Sowjetunion, durch unkoordinierte Informationen durch Bundes- und Landesbehörden sowie durch unzureichende Kenntnis über die wahre Gefahr der Strahlenkatastrophe. Engelmayer bemängelte, daß zwei Wochen nach der Katastrophe ein Postwurf der Stadt Wien noch immer nicht alle Haushalte erreicht habe. Es sei wenig sinnvoll, in der Stunde der Entwarnung Ratschläge zu erteilen, wie sich die Leute in der Anfangszeit hätten verhalten sollen. Im übrigen sprach er seine Überzeugung aus, daß die getroffenen Maßnahmen richtig waren - nur seien sie zu spät erfolgt. Man solle aus den Vorkommnissen für eine hoffentlich nie wiederkehrenden Ernstfall Konsequenzen ziehen.

Anschließend meldete sich LH Dr. ZILK (SPö) zu einer ergänzenden Beantwortung einer Anfrage von LABg. Dr. PETRIK (ÖVP) zu Wort. Er verwies darauf, daß der erste Rundspruch des niederösterreichischen Stadtschulrates am 5. Mai erfolgt sei, also drei Tage nach der ersten Information des Wiener Stadtschulrates. Die empfohlenen Maßnahmen des niederösterreichischen Stadtschulrates - Betätigungen im Freien möglichst einzuschränken - hätten sich auf die Empfehlungen des Wiener Stadtschulrates gestützt. (Forts.)  
ull/gg

## Wiener Landtag (13)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Braun

17 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. HÄUPL (SPö) sprach von einer wissenschaftlich und politisch schwierigen Situation. Er warnte im Zusammenhang mit Tschernobyl vor dem Begriff "Super-GAU", der angesichts der relativ geringen Zahl von Opfern das Element der Verniedlichung in sich trage.

Man habe zwar Vertrauen zu den eingelangten Meßwerten, die Beurteilung sei jedoch deshalb so schwierig, weil selbst Wissenschaftler in hohem Ausmaß bei der Beurteilung uneinig wären. Häupl sprach sich dafür aus, die Erfahrungen, die aus den Ereignissen gewonnen wurden und werden, genau auszuwerten. Verschiedenes, etwa im Bereich der Kommunikation zwischen Land und Bund, in der Frage des Schutzes der Bevölkerung und der Außenpolitik im Hinblick auf geplante Projekte in Deutschland und in umliegenden Ländern, müsse verstärkt geprüft werden. (Forts.) ull/gg

## Wiener Landtag (14)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Braun

18 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dolores BAUER (ÖVP) erinnerte angesichts der gegenwärtigen kritischen Situation an Äußerungen Jörg Mauthes, dessen Worte heute einen noch eindringlicheren Klang bekommen hätten. Zwar sei das Wissen um die Kernenergie unsicher, es wären trotzdem bei Bekanntwerden der Katastrophe klare Anweisungen für die Bevölkerung notwendig gewesen. Man hätte bereits vor 20 Jahren mit dem Schutzraumbau beginnen sollen, die Feuerwehr könne den Bereich Zivilschutz mit ihren Einsätzen nicht abdecken. Zwar seien Einsatzpläne in Arbeit, es sei aber dringend notwendig, die Arbeiten möglichst schnell zu einem Ende zu bringen. Sie könne sich eine praktische Umsetzung des Slogans "Zivildienst für Zivilschutz" - auch für Mädchen - sehr gut vorstellen, erklärte Bauer abschließend. (Forts.) du/bs

## Wiener Landtag (15)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Braun

19 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. Ing. RIEDLER (SPÖ) stellte zur Kritik der ÖVP am zu spät in Angriff genommenen Schutzraumbau fest, daß vor 20 Jahren die ÖVP an der Alleinregierung war und die sich daraus ergebende Möglichkeit nicht genutzt habe. Im Wiener Gemeinderat habe sich die ÖVP engagiert für eine Beteiligung Wiens am Bau des Kraftwerkes Zwentendorf ausgesprochen.

Die Stadt Wien habe nach Bekanntwerden der Reaktorkatastrophe ehestmöglich informiert, und es wäre auch nicht sinnvoll gewesen, wenn das Gesundheitsministerium statt der leichtfaßlichen Verhaltensmaßregeln komplizierte Daten publiziert hätte, die für niemanden nachvollziehbar gewesen wären. Man müsse sicher aus diesem Vorfall lernen, sagte Riedler, die Einsatzpläne seien zu verbessern, aber sicher dürfe nicht mit der Politik ein Geschäft gemacht und die Bevölkerung nachträglich in Panik versetzt werden, wie dies die ÖVP versuche. (Forts.) and/gg

## Wiener Landtag (16)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Braun

20 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. NEUBERT (ÖVP) sprach von Versäumnissen des Bürgermeisters und des zuständigen Stadtrates beim Zivilschutz. Das Mißtrauen gegenüber dieser Politik sei gerechtfertigt. Bis heute gebe es keine zukunftsorientierten Maßnahmen, und im größten österreichischen Ballungszentrum gibt es nicht einmal ein Warnsystem. Gerade weil es keine Schutzpläne gibt, entsteht in der Bevölkerung Panikstimmung, kommt es zu Hamsterkäufen.

Dr. Neubert kritisierte weiters, daß das U-Bahn-Netz von Wien nicht für Schutzräume geeignet sei. (Forts.) fk/bs

## Wiener Landtag (17)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Braun

22 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) sagte, die Katastrophe von Tschernobyl sei als ernste Warnung und als Hinweis dahingehend zu betrachten, für die Zukunft vorzusorgen. Wien und Österreich seien derzeit im Katastrophenfall schutzlos ausgeliefert, wie die vergangenen Wochen gezeigt hätten. Es habe verwirrende Meßdaten und widersprüchliche Aussagen gegeben, die die Bevölkerung verunsichert und zu Gerüchten um verschwiegene Gefahren Anlaß gegeben hätten. Es sei nun an der Zeit, die Katastrophenvorsorge, die Einrichtung von Schutzräumen und eine Bevorratungspolitik dringendst in Angriff zu nehmen. (Forts.) gab/bs

## Wiener Landtag (18)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Braun

23 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. OUTOLNY (SPö) meinte einleitend, nun sei es endgültig mit der Legende vom "Fall, der niemals eintreten wird", vorbei. Outolny sprach seine Überzeugung aus, Politiker in Wien und in ganz Österreich hätten nach Bekanntwerden der Katastrophe rasch reagiert und Maßnahmen gesetzt, die sich als besser und effizienter als in den meisten anderen Ländern erwiesen hätten. Er kritisierte die Opposition, die alles so darstelle, als gebe es keinen Katastrophenschutz in Österreich. Man müsse allen einen Riegel vorschieben, die Geschäfte mit der Angst machen wollen.

Gemüsebauer und Gärtner seien nicht nur in ihrer Gesundheit, sondern auch in ihrer Existenz bedroht, meinte LABg. JEDLETZBERGER (ÖVP) zu Beginn seiner Wortmeldung. Er vermisse Informationen vom Gesundheitsministerium, und niemand könne wirklich sagen, wie es weitergehen soll. Zur zusätzlichen Verwirrung hätten Mitteilungen beigetragen, denen zufolge überhaupt kein Gemüse gegessen werden solle. Er sprach die Bitte aus, daß Gemüsebauern und Gärtnern der entstandene Schaden durch die Katastrophenfonds raschest ersetzt wird. Jedletzberger appellierte an alle Verantwortlichen, sich auch Maßnahmen zu überlegen, sollte unser Trinkwasser durch irgendein unvorhersehbares Ereignis verseucht werden. (Forts.) ull/bs

Wiener Landtag (19)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Braun

24 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL (SPö) erklärte, daß in bezug auf den Gemüseanbau in Wien engste Kooperation zwischen Bauernfunktionären, Wiener Politikern und dem Gesundheitsministerium bestehe. Es sei eine Erhebung über die Nahrungsmittelversorgung im Krisenfall durchgeführt worden. Auch Bezugsberechtigungskarten sind bereits vorhanden. Es sei auch daran gedacht, ein Warn- und Frühwarnsystem einzurichten.

Umweltstadtrat BRAUN (SPö) stellte fest, daß das Rasenmähverbot aufgehoben werden konnte.

Er betonte, die notwendigen Informationen für die Bevölkerung seien so umfassend wie möglich gegeben worden. Die Meßgeräte werden laut Auskunft des Gesundheitsministeriums ständig kontrolliert und sind geeicht. Alle Unterlagen für Katastrophenfälle seien vorhanden, und die Einsatzpläne werden mehrmals pro Jahr erprobt. (Forts.)  
du/gg

NNNN

Wiener Landtag (20)

Utl.: Debatte über Mitteilung von Stadtrat Braun

25 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) meldete sich zu einer TATSÄCHLICHEN BERICHTIGUNG zu Wort. Er sagte, die Strahlenmeßgeräte seien nicht geeicht, weil als "geeicht" nur solche Einrichtungen gelten, die vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (Vermessungsbehörde) einer Eichung unterzogen wurden.

Dem hielt StR. BRAUN (SPÖ) entgegen, daß die Eichung der Strahlenmeßgeräte vom Atominstitut der Universität Wien durchgeführt und von der Erzeugerfirma ständig überprüft wird. Die Meßrohre seien genau kalibriert, sagte Braun, die Richtigkeit der Eichung wurde von der Universität bestätigt.

Zwtl.: Debatte über dringlichen Antrag der ÖVP

Die ÖVP hatte zu Beginn der Landtagssitzung einen dringlichen Antrag eingebracht, wonach es im Zusammenhang mit der Strahlenkatastrophe genaue Informationen für die Bevölkerung geben soll. Außerdem soll ein umfassendes Wiener Zivilschutzkonzept mit konkretem Maßnahmenkatalog ausgearbeitet und der Bevölkerung bekannt gemacht werden. Zur Begründung der Dringlichkeit verwies LABg. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) auf die jüngste Strahlenkatastrophe und die nicht auszuschließende Möglichkeit weiterer Kontaminationen.

LABg. Hilde SCHILLING (ÖVP) kritisierte zu geringe und zu späte Information der Bevölkerung. Die veröffentlichten Informationen hätten zu Konfusionen geführt. Die Ereignisse hätten die Menschen unvorbereitet getroffen, für künftige Unglücksfälle müsse vorgesorgt werden. Jeder müsse wissen, was er zu tun hat und was sinnvoll und notwendig ist. Der Landesversorgungsausschuß sei seit seiner Konstituierung nicht mehr zusammengetreten, erklärte Schilling. Der Konsumentenstadträtin warf Schilling vor, die Bevölkerung zu wenig über Vorsorge informiert zu haben, eine entsprechende Broschüre müsse erstellt werden. Notwendig seien über die ganze Stadt verteilte Selbstschutzzentren. (Forts.) and/gg

## Wiener Landtag (21)

Utl.: Debatte über dringlichen Antrag der ÖVP

26 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. FAYMANN (SPÖ) nahm den Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl zum Anlaß, sich mit der Problematik des Atomwaffenpotentials in Ost und West auseinanderzusetzen. Er richtete einen eindringlichen Appell an alle Staatsmänner der Welt, die Atomrüstung einzustellen. Ost und West müßten auf Atomwaffen verzichten. Der Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl habe die Grenzen der Technik gezeigt. Nur eine Verhinderung der weiteren Aufrüstung könne weitere Gefahren verhindern. Aus Tschernobyl hat die ganze Welt gelernt, daß die Technik im Atombereich versagen kann, und daß menschliches Versagen möglich sei.

Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) bekannte sich zu dem Appell des jungen sozialistischen Abgeordneten. Tschernobyl habe gezeigt, daß der Ernstfall eintreten könne. Sie bedauerte, daß das U-Bahn-Netz nicht als Schutzraum herangezogen werden kann. Die Bevölkerung müsse über alle Fragen ausreichend und möglichst rasch informiert werden. (Forts.) fk/bs

## Wiener Landtag (22)

Utl.: Debatte über Dringliche Anfrage der ÖVP

27 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. GAAL (SPÖ) wies auf die Bedeutung des Zivilschutzes hin, der gerade nach den Ereignissen von Tschernobyl nochmehr im täglichen Leben verankert werden sollte. Gaal betonte, daß mit dem Wiener Katastrophenhilfegesetz aus dem Jahre 1978, mit dem Katastrophenschutzplan für Wien und dem Krisenstab in Katastrophenfällen bereits eine Reihe von Maßnahmen im Sinne des Zivilschutzes existent sei. Die gemeinsam mit dem Bund beschlossene Einrichtung von Selbstschutzzentren sei ein wertvolles Pilotprojekt im Sinne des Zivilschutzgesetzes, der Zivilschutztag am 15. Juni in Kooperation mit verschiedenen Institutionen sei als wichtiger Schritt im Sinne des Zivilschutzes zu sehen. Gaal forderte weiters eine intensive Information und Schulung der Bevölkerung und die Veranlassung von Vorsorgemaßnahmen aller Art, um dem Zivilschutzgedanken in Österreich noch mehr Raum zu geben. (Forts.) gab/bs

Wiener Landtag (23)

Utl.: Debatte über Dringliche Anfrage der ÖVP

28 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) nahm zu den Äußerungen von StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) Stellung und betonte, daß man derzeit in zwei verschiedenen Richtungen argumentieren müsse. Einerseits bestehe derzeit keine Gefahr einer Strahlenschädigung der Bevölkerung, andererseits wurde eine Reihe von Vorsorgemaßnahmen getroffen, damit für Kinder und künftige Generationen keine Gefährdung entsteht.

Stacher meinte, man solle über Prävention nicht nur reden, sondern sie durchführen. Deshalb wurden - vielleicht aus bewußter Übervorsicht - verschiedene vorbeugende Maßnahmen gesetzt. Situationen wie diese erforderten Flexibilität, und man müsse rasch reagieren. Deshalb wären Diskussionen mit dem Landessanitätsrat nicht zielführend gewesen, und er habe sich dafür entschieden, mit Strahlenexperten und Fachleuten der MA 15-Gesundheitsamt - Gespräche zu führen.

Der ANTRAG wurde den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Um 15.25 Uhr war die Sitzung des Wiener Landtages beendet.

(Schluß) ull/bs

--- Ende des Sitzungsberichtes Landtag ---

NNNN

"Wehrhafte Stadt" im Historischen Museum

21 =Wien, 14.5. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt vom 15. Mai bis 21. September die Ausstellung "Wehrhafte Stadt - das Wiener Bürgerliche Zeughaus im 15. und 16. Jahrhundert". Die Ausstellung bietet einen Querschnitt durch die Sammlung, die zu den bedeutendsten noch erhaltenen Rüstungskammern Europas zählt und damit auch ein wichtiges Dokument einer historischen Epoche der Geschichte des Donaupraumes darstellt.+++

In der Ausstellung sind viele trotz der Jahrhunderte unversehrt gebliebene Waffen zu sehen. Früheste Exponate stammen aus der Zeit der Spätgotik - dem 15. Jahrhundert - so sind unter anderem der älteste Plattenharnisch des deutschen Sprachraumes, das älteste erhaltene Roßzeug sowie 68 Setzschilder für zu Fuß kämpfende Krieger zu sehen.

Zahlreiche Exponate aus dem 16. Jahrhundert wie Ralspieße und Blankwaffen zeugen von kriegerischen Auseinandersetzungen wie der ersten Türkenbelagerung 1529, den Schmalkaldener Religionskriegen 1546 bis 1552 und den Türkenkriegen 1556 bis 1568. Als besondere Kostbarkeiten gelten die kunstvollen Rüstungen aus diesem Zeitraum wie die Harnische Albrechts VI. und Rudolfs II.

Die Ausstellung ist täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr zu sehen. Der Katalog mit teils farbigen Abbildungen kostet 220 Schilling. (Schluß) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

29 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Haltung er zu dem Vorschlag, auf der derzeitigen Grünfläche des Albertinaplatzes einen "Alt-Wiener-Blumenmarkt" zu errichten, beziehe, antwortete Bürgermeister Dr. ZILK (SPÖ), daß er sich selbst im Stadium der Meinungsbildung befinde. Fachleute und die Wiener Bevölkerung sollten in diesem Fall diskutieren. Den gegenwärtigen Standort des Mozart-Denkmal im Burggarten halte er für sehr geeignet und befürworte KEINE Verlegung auf den Albertinaplatz.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), welche Garagenprojekte 1986 gefördert werden, antwortete Vbgm. MAYR (SPÖ), daß derzeit sechs Projekte für eine Förderung in der Gesamthöhe von 160 Millionen Schilling eingereicht seien. Für weitere sieben Projekte sei offiziell noch keine Förderung beantragt worden. Die Realisierung einzelner Projekte sei allerdings noch in Frage gestellt bzw. kurzfristig nicht möglich. Zur Errichtung von "Volksgaragen" meinte Mayr, die Stadt Wien könnte mögliche Standorte ausweisen, Private sollten dann die Initiative zum geförderten Bau ergreifen.

Mit dem Bau der Heldenplatzgarage könnte noch heuer begonnen werden, und zwar in der Form, daß der Stadtgraben ausgeräumt und die alte Stadtmauer freigelegt würde. Aufgrund der archäologischen Arbeiten käme es somit zu keiner Kollision mit der KSZE-Konferenz.  
(Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

30 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP) nach dem aktuellen Stand für die Zukunft des Messepalastes antwortete Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), Eigentümer sei der Bund. Die Stadt Wien habe ihre Meinung zum Museumskonzept beim Wissenschaftsministerium schriftlich und mündlich konkretisiert. Nach den Wünschen Wiens soll ein Teil für temporäre Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Am Abend dürfe kein "toter Bereich" entstehen. Vom Bautenministerium werde ein zweistufiger Wettbewerb vorbereitet.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. PRAMEL (SPÖ) nach Schutzmaßnahmen für Bedienstete, die Bildschirmarbeit leisten, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPÖ), daß eine Enquete zu diesem Thema abgehalten wurde. Für Schwangere sind gewisse Fristen und Vorkehrungen für Sitzpositionen zu berücksichtigen. Außerdem hat sich gezeigt, daß es notwendig ist, sich verstärkt mit Organisation und Arbeitsplatzgestaltung zu beschäftigen. Die Stadt Wien hat die Ergebnisse dieser Enquete berücksichtigt und führt auch augenärztliche Untersuchungen durch, die die Basis für grundsätzliche Aussagen sein werden. Das Problem sei weder von Fachleuten noch von Instituten restlos geklärt, aber die Stadt Wien messe dem Schutz ihrer Mitarbeiter größte Bedeutung bei. (Forts.)  
and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

31 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Die Fahrgastfrequenz der Wiener Verkehrsbetriebe hat im ersten Quartal dieses Jahres um 1 bis 2 Prozent zugenommen, gab StR. HATZL (SPö) auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. HOLUB (SPö) bekannt. Vor wenigen Tagen konnte der 100.000ste Käufer der Umweltstreifenkarte verzeichnet werden. Der Anteil der Einzelfahrscheine mit Ausgabezuschlag liegt unter 0,5 Prozent, während rund 90 Prozent aller Fahrgäste Netzkarten und Streckenkarten benutzen. Er freue sich darüber, sagte StR. Hatzl, daß der Trend zum kostenbewußten Dauerkunden bei den Wiener Verkehrsbetrieben anhält.

Einsprüche im Baubewilligungsverfahren bei kommunalen Wohnbauten hat es im vergangenen Jahr eine ganze Reihe gegeben, sagte StR. HOFMANN (SPö) in Beantwortung der SECHSTEN ANFRAGE von GR. JANK (SPö). Bauverzögerungen gab es auch durch Schwierigkeiten von bauausführenden Firmen. Aus diesen Gründen wurden im vergangenen Jahr fast 300 Millionen Schilling weniger ausgegeben als im Budget geplant war. Verzögerungen bei Bauverfahren durch Einsprüche der Anrainer wirkten sich also, betonte StR. Hofmann, auch negativ auf den Arbeitsmarkt aus.

Zwtl.: Würdigung für Roman Rautner

Der Erste Vorsitzende des Gemeinderates, Otto HIRSCH (SPö), würdigte das Wirken von Bautenstadtrat Roman Rautner, der am 9. Mai aus Gesundheitsgründen zurückgetreten ist. Roman Rautner gehörte von 1973 bis 1983 als Abgeordneter dem Wiener Landtag und Gemeinderat an und wurde im Mai 1983 zum amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bauten gewählt. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Liquidation der "Komödianten Ges.m.b.H."

32 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPÖ) beantragte für die Betriebs-, Miet- und Personalkosten im Zuge der außergerichtlichen Liquidation der "Komödianten-Theaterbetriebsges. m.b.H." einen Kostenzuschuß in der Höhe bis zu 3,746.000 Schilling unter Voraussetzung einer entsprechenden Bundesbeteiligung sowie für die Miet- und Betriebskostenrückstände von 1983 bis Ende 1985 einen Betrag von 1,602.652 Schilling.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte, daß das Theater der Komödianten trotz wiederholter Kritik des Kontrollamtes und der Opposition an der wirtschaftlichen Gebarung und auch der kulturellen Effizienz bis 1985 durch wiederholte zusätzliche Finanzspritzen aufrechterhalten wurde. Die nunmehrige außergerichtliche Liquidation kostet den Steuerzahler erneut Geld und diene letzten Endes nur dazu, den Theaterleiter vor den Folgen einer fahrlässigen Krida zu bewahren. Zugleich würden die aufgewendeten Gelder für eine zielführende Kulturpolitik fehlen. Es gelte, im Theaterbereich eine Strukturreform der Förderungspolitik durchzuführen, wobei die Subvention von den Häusern weg zu den Künstlern hin verteilt werden müsse, um Wiederholungsfälle wie bei den Komödianten zu verhindern.

GR. HANKE (SPÖ) entgegnete, daß sich gerade die Komödianten und Conny Hannes Meyer mehr Fairneß verdient hätten. Durch Jahre habe gerade dieses Ensemble Pionierarbeit in der Wiener Theaterszene geleistet und anerkannte Leistungen erbracht. Es gebe aber gerade in diesem Bereich des experimentellen Theaters keine Arbeit ohne Risiko. Unter das Kapitel Komödianten sei nun ein Schlußstrich gezogen worden, bei dem jedoch durch das außergerichtliche Verfahren die soziale Dimension gewahrt worden sei. Die Kritik an der Subventionsvergabe wies Hanke in Hinblick auf die meist einstimmigen Beschlüsse und unter Hinweis auf die gerade durch die gehandhabte Subventionspraxis immer vielfältigere Wiener Theaterszene zurück.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Verwaltungsänderung für Flächen des Volkspraters

33 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte die Übertragung der Verwaltung von Flächen des Wiener Volkspraters von der MA 69 - Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten - an den Wirtschaftsförderungsfonds.

GR. HIRNSCHALL (FPö) stellte den ANTRAG, den Akt von der Tagesordnung abzusetzen, bis ein Gestaltungskonzept für den gesamten Volksprater vorliege. Wie Hirnschall ausführte, habe er nur von einer Studienreise von vier Personen zu Vergnügungsparks in den Vereinigten Staaten erfahren, Erkenntnisse, die das Team dort gewonnen habe, fehlten aber.

GR. HENGELMÜLLER (SPö) sprach sich für den Antrag des Berichterstatters aus. Die Übernahme der Verwaltung durch den Wirtschaftsförderungsfonds sei im Interesse des Volkspraters und der Weiterentwicklung des Praters sehr zu begrüßen. Aber auch der Fremdenverkehr und die Wiener Wirtschaft könnten aus der damit verbundenen Mehreffizienz Vorteile ziehen.

Vizebürgermeister MAYR (SPö) begründete das Fehlen detaillierter Konzepte in den Unterlagen damit, daß Gespräche mit Praterunternehmern, der Bezirksvertretung und der Bevölkerung noch nicht abgeschlossen sind. Er versprach, jedes Detail vor der Inangriffnahme von Maßnahmen dem Gemeinderat mitzuteilen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag von GR. HIRNSCHALL wurde abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters mit den Stimmen von SPö und öVP angenommen. (Forts.) ull/bs

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Liegenschaftsverkauf in Meidling

34 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte den Verkauf einer Liegenschaft Ecke Wilhelmstraße/ Albrechtsbergergasse in Meidling an die "GSG"-Gesellschaft für Stadtentwicklung und Stadterneuerung Gemeinnützige GesmbH..

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) kritisierte zwar, daß bei einem vergleichbaren Grundstück in der Vivenotgasse in Meidling, dessen Kauf bei der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen worden war, ein wesentlich höherer Preis bezahlt worden war, gab aber dem Antrag seine Zustimmung, da es sich im heutigen Fall um einen angemessenen Preis handelt.

GR. SEVCIK (SPö) erwähnte, daß die Liegenschaft in der Wilhelmstraße im Wohnbauprogramm der Stadt Wien enthalten war, jedoch herausgenommen wurde.

GR. Ing. SVOBODA erklärte in seinem Schlußwort, daß bei der Liegenschaft in der Vivenotgasse nicht nur Grundstückskosten angefallen waren und deshalb der Kaufpreis höher war.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Tarife der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt  
35 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPö) beantragte neue  
Tarifsätze für Untersuchungen der Hygienisch-bakteriologischen  
Untersuchungsanstalt. Der Antrag entspricht der  
Kontrollamtsempfehlung, auf Festpreise überzugehen.

GR. Dr. HAWLIK (öVP) verwies auf die zunehmenden Aufgaben der  
Anstalt, u.a. auch im Zusammenhang mit Grundwasserüberprüfungen, und  
er stellte den ANTRAG, für jene Personen, die ihr Wasser auf  
Grundwasserverunreinigungen, auch nur bei einem entsprechenden  
Verdacht, untersuchen lassen, die Gebühren auf Kosten der Stadt Wien  
zu erlassen.

ABSTIMMUNG: Das Geschäftsstück wurde EINSTIMMIG angenommen, der  
öVP-Antrag zugewiesen.

Zwtl.: Flächenwidmungsplan für Haas-Haus

GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte einen neuen  
Flächenwidmungsplan für den Bereich des Haas-Hauses.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) erklärte, die Abänderung sei  
ein massiver städtebaulicher Eingriff im Zentrum der Stadt. Die  
Bürgerbeteiligung sei bisher zu kurz gekommen, und auch der  
Gemeinderat könne sich erst heute damit beschäftigen, doch kaum mehr  
wirksamen Einfluß nehmen. SPö und öVP hätten gegen die Empfehlung  
des Kulturamtes dem Abbruch zugestimmt. Wünschenswert wäre ein  
Architektenwettbewerb für dieses sensible Projekt gewesen.  
Problematisch sei die Tatsache, daß der Wiener Bürgermeister  
gleichzeitig auch Vorsitzender der neuen Eigentümer  
(Zentralsparkasse und Wiener Städtische Versicherung) sei. Die neuen  
Eigentümer konnten das Projekt nur deshalb in Angriff nehmen, weil  
sie davon ausgehen konnten, ein 280 Quadratmeter großes Stück des  
Stephansplatzes miteinzubeziehen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Flächenwidmungsplan für Haas-Haus

36 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) verwies darauf, daß das Haas-Haus eine historische Bedeutung habe. Das neue Projekt von Prof. Hollein an diesem sensiblen städtebaulichen Platz befürworte er persönlich, es dürfe aber bei der rechtlichen Behandlung des Flächenwidmungsplanes nicht gehudelt werden. Dr. Petrik kritisierte die Vorgangsweise bei der Planung und verwies darauf, daß die ÖVP im Stadtsenat ein Rechtsgutachten verlangt habe. Bei der gesamten Diskussion um das neue Projekt Hollein fehle ihm die Transparenz. Daher müsse die Volkspartei zu dem vorgelegten Flächenwidmungsplan nein sagen.

GR. Dr. SWOBODA (SPö) betonte, daß es bereits seit 1952 die Diskussion um die Lösung Stephansplatz - Stock-im-Eisen-Platz gebe. Die Fluchtlinie sei damals wegen des Individualverkehrs zurückgezogen worden. Es werde nun der frühere Zustand wieder hergestellt. Jetzt sei die Chance gegeben, eine städtebaulich optimale Lösung zu finden, weil rundherum Fußgängerzonen geschaffen wurden und es keinen Individualverkehr gebe.

Der Redner warf der Volkspartei eine Kehrtwendung vor. ÖVP-Vizebürgermeister Dr. BUSEK sei für das Hollein-Projekt eingetreten, und nun stelle sich die Volkspartei aus unverständlichen Gründen dagegen.

In einer zweiten Wortmeldung erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) nochmals, daß das Kulturamt eine negative Stellungnahme zum Abbruch des alten Haas-Hauses abgegeben habe.  
(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Flächenwidmungsplan für Haas-Haus

37 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Gegen den Vorwurf, die Volkspartei habe einen Schwenk vollzogen, wehrte sich GR. Dr. PETRIK (ÖVP) in einer zweiten Wortmeldung. Es sei richtig gewesen, den international anerkannten Architekten Hollein mit einer Projektlösung zu betrauen. Nicht der Architekt habe versagt, sondern die Politiker hätten bei dem vorgelegten Flächenwidmungsplan so gehudelt, daß keine rechtlich einwandfreie Lösung zustande gekommen ist.

Planungsstadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) betonte, er habe Respekt für alle, die für das alte Haas-Haus eintreten. Er verstehe aber die Volkspartei nicht. Noch vor wenigen Tagen habe ihm ÖVP-Vizebürgermeister Busek die Zustimmung zugesagt, wenn eine rechtliche Möglichkeit für die Arkadierung gefunden werde. Jetzt wurde von den Juristen des Rathauses eine Lösungsmöglichkeit aufgezeigt, und die Volkspartei lehne trotzdem ab. Das verstehe er nicht, bedauerte Hofmann.

In seinem Schlußwort stellte der Berichterstatter GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) fest, daß sowohl der Fachbeirat die städtebauliche Lösung für den Stephansplatz begrüßt habe, als auch die Bezirksvertretung Innere Stadt einstimmig der Flächenwidmung zugestimmt habe.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Sanierung Deponie Rautenweg

38 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) GR. NUSSBAUM (SPö) beantragte einen Sachkredit von 328 Millionen Schilling für Sanierungsmaßnahmen in der Deponie Rautenweg.

GR. Ing. WORM (öVP) sagte, seine Partei werde zustimmen, diese Sanierung sei schon lange fällig. Jahrelang hätte die SPö Sanierungsmaßnahmen zu wechselnden Preisen angekündigt, nun erst zeichne sich eine Lösung ab, die funktionieren müßte. In Wirklichkeit hätte der Rautenweg in dieser Form nie in Betrieb gehen dürfen, man hätte dem Steuerzahler mit einer von Anfang an ordentlich geplanten Deponie viel Geld ersparen können.

GR. FREINBERGER (SPö) wies darauf hin, daß die bereits in Angriff genommene Sanierung eine optimale Lösung darstelle, zu der man eben in einem Lernprozeß gekommen sei. Die öVP verunsichere bewußt die Bevölkerung, indem sie Probleme, die zwar vorhanden seien, vergrößere und als akut gefährdend hinstelle.

Stadtrat BRAUN (SPö) sagte, daß die nun zur Durchführung gelangende Umschließung schon in früheren Projekten als Notmaßnahme vorgesehen gewesen sei. Die Entscheidung dafür wurde getroffen, nachdem man über eine mögliche Gefährdung durch die Deponie informiert worden sei. Die höheren Kosten resultierten aus der Erweiterung der Maßnahmen.

In einer zweiten Wortmeldung verwies GR. Ing. WORM (öVP) auf das seiner Meinung immer noch fehlende Müllkonzept der Stadt Wien und die Gefährdung der Deponie Rautenweg durch Filterasche der EBS. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Sanierung Deponie Rautenweg

39 Wien, 14.5. (RK-KOMMUNAL) Daraufhin stellte StR. BRAUN (SPö) fest, daß er das grundsätzliche Ja der Opposition zwar begrüße, eine fruchtbare Zusammenarbeit jedoch schwierig sei, wenn unzutreffende Argumente in die Diskussion eingebracht werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrg wurde einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates ging um 20.30 Uhr zu Ende. (Schluß) ull/bs

--- Ende des Sitzungsberichtes Gemeinderat ---